

Vorlagennummer: FB 01/0651/WP18
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 04.03.2025

Ratsanträge

Vorlageart: Entscheidungsvorlage
Federführende Dienststelle: FB 01 - Fachbereich Bürger*innendialog und Verwaltungsleitung
Beteiligte Dienststellen:
Verfasst von: FB 01/100

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Zuständigkeit
12.03.2025	Rat der Stadt Aachen	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt nimmt die fristgerecht eingereichten Ratsanträge zur Kenntnis und verweist sie gemäß § 12 Abs. 3 der Geschäftsordnung an die jeweils zuständige Stelle (Bezirksvertretung, Fachausschuss, Oberbürgermeisterin).

Finanzielle Auswirkungen:

	JA	NEIN	
		X	

Investive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschriebener Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschriebener Ansatz 20xx ff.	Gesamt- bedarf (alt)	Gesamt- bedarf (neu)
Einzahlungen	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
<i>+ Verbesserung / - Verschlechterung</i>	0		0			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

konsumtive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschriebener Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschriebener Ansatz 20xx ff.	Folge-kosten (alt)	Folge-kosten (neu)
Ertrag	0	0	0	0	0	0
Personal-/ Sachaufwand	0	0	0	0	0	0
Abschreibungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
<i>+ Verbesserung / - Verschlechterung</i>	0		0			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

Weitere Erläuterungen (bei Bedarf):

Keine

Klimarelevanz:

Bedeutung der Maßnahme für den Klimaschutz/Bedeutung der Maßnahme für die Klimafolgenanpassung (in den freien Feldern ankreuzen)

Zur Relevanz der Maßnahme für den Klimaschutz

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

<i>keine</i>	<i>positiv</i>	<i>negativ</i>	<i>nicht eindeutig</i>
			X

Der Effekt auf die CO2-Emissionen ist:

<i>gering</i>	<i>mittel</i>	<i>groß</i>	<i>nicht ermittelbar</i>
			X

Zur Relevanz der Maßnahme für die Klimafolgenanpassung

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

<i>keine</i>	<i>positiv</i>	<i>negativ</i>	<i>nicht eindeutig</i>
			X

Größenordnung der Effekte

Wenn quantitative Auswirkungen ermittelbar sind, sind die Felder entsprechend anzukreuzen.

Die **CO₂-Einsparung** durch die Maßnahme ist (bei positiven Maßnahmen):

- gering unter 80 t / Jahr (0,1% des jährl. Einsparziels)
- mittel 80 t bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
- groß mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

Die **Erhöhung der CO₂-Emissionen** durch die Maßnahme ist (bei negativen Maßnahmen):

- gering unter 80 t / Jahr (0,1% des jährl. Einsparziels)
- mittel 80 bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
- groß mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

Eine Kompensation der zusätzlich entstehenden CO₂-Emissionen erfolgt:

- vollständig
- überwiegend (50% - 99%)
- teilweise (1% - 49 %)
- nicht
- nicht bekannt

Erläuterungen:

Von den Fraktionen bzw. Ratsmitgliedern wurden Ratsanträge innerhalb der in § 12 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Rat benannten Frist eingereicht, die als Anlage beigefügt sind.

Anlage/n:

- 1 - RA_468_18_CDU_Einführung eines Jugendrats in Aachen (öffentlich)
- 2 - RA_469_18_GRÜNE+SPD_Unterstützung und Entlastung für Kindertageseinrichtungen (öffentlich)
- 3 - RA_470_18_GRÜNE+CDU+SPD+ZUKUNFT+FDP+LINKE_Austritt aus der Metropolregion Rheinland eV (öffentlich)

Eingang bei FB01

25. Feb. 2025

CDU-Fraktion im Rat der Stadt – 52058 Aachen

An die
Oberbürgermeisterin der Stadt Aachen *Nr. 468/18*
Frau Sibylle Keupen
Rathaus
52058 Aachen

Geschäftsstelle:
Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen
Raum 111

Telefon 0241 / 432 7211
Fax 0241 / 432 7222
cdu.fraktion@mail.aachen.de
www.cdu-fraktion-aachen.de

CDU 25.010

Aachen, den 25.02.2025

Ratsantrag

Einführung eines Jugendrats in Aachen

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Aachen beantragt im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rat der Stadt Aachen bekräftigt, für die kommende Ratsperiode einen ständigen Jugendrat im Sinne der Novellierung der GO NRW einführen zu wollen.
2. Die Wahl des Jugendrates soll parallel zur Kommunalwahl 2025 erstmals stattfinden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen organisatorischen und rechtlichen Voraussetzungen für die Einrichtung des Jugendrats vorzubereiten.

Begründung

Kinder und Jugendliche sind die Zukunft unserer Stadt – ihre Stimmen müssen gehört werden. Sie haben das Recht, ihre Perspektiven einzubringen, denn viele Entscheidungen betreffen sie direkt: sei es die Gestaltung von Freizeitangeboten, Fragen der Bildung oder der Umgang mit öffentlichen Räumen. Die Beteiligung junger Menschen ist kein freiwilliger Zusatz, sondern ein zentraler Baustein unserer Demokratie.

Bisher bestehen in Aachen bereits verschiedene Angebote, die Kindern und Jugendlichen Beteiligungsmöglichkeiten eröffnen – sei es durch spezielle Formate im Bürgerforum, schulische Initiativen oder Projekte in Jugendeinrichtungen. Auch in einigen Stadtbezirken können junge Menschen ihre Ideen einbringen und Wünsche an die Politik herantragen. Diese bestehenden Ansätze leisten wertvolle Arbeit und bieten erste Berührungspunkte mit demokratischer Teilhabe. Dennoch fehlt ihnen häufig die Begegnung auf Augenhöhe sowie die Möglichkeit, echte Entscheidungen mitzugestalten. Es mangelt an einer direkten Konsequenz aus den eingebrachten Vorschlägen, wodurch das Engagement junger Menschen oftmals nicht die Anerkennung und Wirkung erfährt, die es verdient.

Die für den Frühling geplante Änderung der Gemeindeordnung in Nordrhein-Westfalen eröffnet uns nun die Möglichkeit, die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen auf ein neues Niveau

zu heben. Die Einführung eines Jugendrats gibt jungen Menschen in Aachen die Chance, ihre Anliegen direkt in die kommunalpolitischen Prozesse einzubringen und Demokratie aktiv zu erleben. Es geht darum, dass sie mitbestimmen können, wie ihr Lebensumfeld gestaltet wird – sei es durch eigene Ideen, Projekte oder durch direkte Mitsprache im Stadtrat.

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist nicht nur ein demokratisches Prinzip, sondern auch international anerkannt. Die UN-Agenda 2030 mit ihren Sustainable Development Goals (SDGs) betont die Bedeutung der Mitbestimmung junger Menschen. Diesen Zielen hat sich der Rat auch in mehreren Entscheidungen angeschlossen, zuletzt besonders deutlich bei der Initiierung des Klimastadtvertrags. Zudem ist in Deutschland die Beteiligung durch § 8 SGB VIII gesetzlich verankert.

Ein Jugendrat stärkt nicht nur das Selbstbewusstsein der Jugendlichen, sondern zeigt ihnen auch, dass ihre Meinungen Gewicht haben. Sie lernen, Verantwortung zu übernehmen, ihre Interessen zu vertreten und sich für die Gemeinschaft einzusetzen. Besonders wichtig ist dabei, dass die Jugendlichen nicht nur gehört werden, sondern echte Mitgestaltungsmöglichkeiten erhalten – mit einem eigenen Budget und klar definierten Beteiligungsrechten bei Entscheidungen, die sie betreffen. Die Einführung eines Jugendrats bedeutet auch, Jugendlichen eine Plattform zu bieten, um Themen einzubringen, die für sie besonders relevant sind – sei es Klimaschutz, Bildung, Freizeitgestaltung oder Digitalisierung. Sie haben die Möglichkeit, aktiv Einfluss zu nehmen und damit die Zukunft unserer Stadt mitzugestalten.

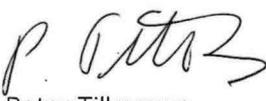
Zur Finanzierung der Jugendpartizipation werden mit dem Haushaltsentwurf 2025 zunächst 100.000 Euro bereitgestellt. Diese könnten für die Organisation und Durchführung der Wahl des Jugendrates verwendet werden. Ab dem Jahr 2026 soll dem Jugendrat ein jährliches Budget von 20.000 Euro als Verfügungsmittel zur eigenständigen Umsetzung eigener Projekte zur Verfügung stehen. Zusätzlich wird die Verwaltung beauftragt, die notwendigen Bedarfe für Verwaltungs- und Organisationskosten zu ermitteln, um einen reibungslosen Ablauf und eine effektive Unterstützung des Jugendrats sicherzustellen. Selbstverständlich ist die Beschlussfassung des Landtags sowie ggfs. Änderungen im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens vor dem Einstieg in die Umsetzung abzuwarten.

Die CDU-Fraktion steht für eine Politik, die junge Menschen ermutigt, ihre Ideen einzubringen und Verantwortung zu übernehmen. Ein Jugendrat ist ein starkes Signal an die nächste Generation: Eure Stimme zählt! Die Wahl des Jugendrats parallel zur Kommunalwahl im September sorgt dafür, dass diese neue Möglichkeit der Beteiligung von Beginn an sichtbar und ernst genommen wird.

Mit freundlichen Grüßen



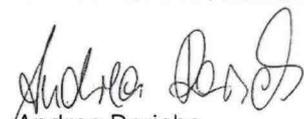
Irja Lürken
Fraktionsvorsitzende



Peter Tillmanns
kinder- und Jugendpol. Sprecher



Annika Fohn MdL
stellvertretende Fraktionsvorsitzende



Andrea Derichs
Sprecherin im Bürgerforum



Grün-Rote Koalition im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

0241 432 7217 (Grüne)
0241 432 7215 (SPD)

Antrag Nr. 05/2025 (Grüne)
235/25 (SPD)

Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus/Markt
52058 Aachen

Eingang bei FB01

26. Feb. 2025

Nr. 469/18

Aachen, 26.02.2025

Ratsantrag

Unterstützung und Entlastung für Kindertageseinrichtungen

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von GRÜNEN und SPD beantragen, im Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, Unterstützungsleistungen und kurzfristige Entlastungsmaßnahmen für Kindertageseinrichtungen voranzubringen.

Zum einen soll das Verwaltungskräfteprogramm, das im aktuellen Kita-Jahr in einer Pilotphase erfolgreich erprobt wurde, fortgesetzt und auf mehr Kindertagesstätten ausgeweitet werden.

Zum anderen sollen im Laufe des Jahres Möglichkeiten eines Quereinstieges gefunden werden, die eine Unterstützung der pädagogischen Arbeit in den Kindertagesstätten darstellen.

Konzepte zur Verstetigung und schrittweisem Ausbau beider Programme sind zu erarbeiten und dem Kinder- und Jugendausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die nötigen Finanzmittel sind aus dem PSP-Element 4-060101-963-1 – Umsetzung des Aachener Modells bereitzustellen.

Begründung

Die Fraktionen von GRÜNEN und SPD haben im Januar 2023 ein Konzept für ein Verwaltungskräfteprogramm für Kindertageseinrichtungen beantragt. Das Verwaltungskräfteprogramm wurde als Pilotprojekt im aktuellen Kita-Jahr 2024/2025 erprobt (siehe Vorlage 45/0448/WP18).



Mittlerweile liegt eine Evaluation des Pilotprojektes vor (siehe Vorlage 45/0655/WP18). Im Ergebnis wurde festgestellt, dass das Verwaltungskräfteprogramm eine sinnvolle und wirksame Entlastung des pädagogischen Personals in Kindertagesstätten darstellt.

Aufgrund dieser positiven Evaluationsergebnisse soll das Verwaltungskräfteprogramm dauerhaft eingerichtet und sukzessive ausgebaut werden.

Alle im Kinder- und Jugendausschuss vertretenen Mitglieder haben im Jahr 2023 entschieden, dass ein Modell zum Quereinstieg in die pädagogische Arbeit in den Kindertagesstätten entwickelt werden soll.

Der Ansatz des Quik-Modellvorhabens hat sich in Aachen nicht realisieren lassen. Nichtsdestotrotz bleibt die Anforderung erhalten, über den Quereinstieg eine Unterstützung des pädagogischen Personals zu erreichen.

Deshalb soll ein Konzept erarbeitet werden, wie auf dem Hintergrund der aktuellen Personalverordnung des Landes NRW Menschen für den Quereinstieg in die Arbeit in Kindertagesstätten gewonnen und entsprechend aus- bzw. fortgebildet werden können.

Mit freundlichen Grüßen

Carsten Schaadt
Fraktionssprecher GRÜNE

Michael Servos
Fraktionsvorsitzender SPD

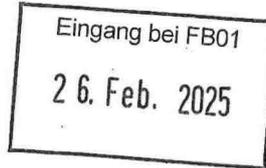
Karin Schmitt-Promny
kinder- und jugendpolitische Sprecherin GRÜNE

Tobias Tillmann
kinder- und jugendpolitischer Sprecher SPD



Fraktionen im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Frau Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus
52058 Aachen



Nr. 470/18

Geschäftsstellen

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

Grüne	0241 / 432 -7217
CDU	0241 / 432 -7211
SPD	0241 / 432 -7215
Zukunft	0241 / 432 -7266
FDP	0241 / 432 -7224
Linke	0241 / 432 -7244

Aachen, den 26.02.2025

Ratsantrag: Austritt aus der Metropolregion Rheinland e.V.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, Zukunft, FDP und Linke beantragen, im Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Austritt aus der Metropolregion Rheinland e.V. in Abstimmung mit der Städteregion Aachen zu erörtern und gemeinsam zu prüfen, wie die Anbindung der Region Aachen an das Rheinland gesichert werden kann.

Begründung

Im Jahr 2017 wurde die Metropolregion Rheinland e.V. gegründet, um gemeinsam mit 35 Partnerinnen und Partnern aus Kommunen und Kreisen, aus Wirtschaft und Wissenschaft sowie dem LVR „das Rheinland verstärkt als zusammenhängenden, europäisch bedeutenden Wirtschafts- und Lebensraum zu positionieren“ (www.metropolregion-rheinland.de). Dieser Verbund sollte helfen, dem Rheinland ein stärkeres Gewicht in der Förderlandschaft sowie bei der wirtschaftlichen Entwicklung zu verleihen.

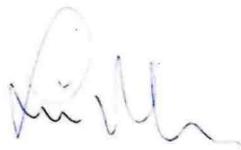
Diese Hoffnungen haben sich aus Sicht der mitzeichnenden Fraktionen im Rat der Stadt Aachen bis dato nicht erfüllt. Daher soll der vorliegende Ratsantrag als Impuls dienen, das Thema „Austritt aus der Metropolregion Rheinland“ im Austausch mit der Städteregion zu erörtern und einzuordnen. Insbesondere mit Blick auf die Fragestellung, wie man sich im Fall eines Austritts aus der Metropolregion Rheinland e.V. für die Region Aachen aufstellen muss, um weiterhin als „westlicher Zipfel“ und wesentlicher Bestandteil der NRW-Region wahrgenommen zu werden und nicht aus möglichen Förderzusammenhängen zu fallen.

Mit freundlichen Grüßen



Carsten Schaadt

Sprecher GRÜNE Fraktion



Iris Lürken

Vorsitzende CDU-Fraktion



Michael Servos

Vorsitzender SPD-Fraktion



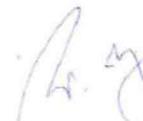
Dirk Szagunn

Sprecher Fraktion Die Zukunft



Leo Deumens

Vorsitzender Fraktion Die LINKE



Wilhelm Helg

Vorsitzender FDP-Fraktion